

**abgeschlossen am
23. Januar 2003**

	<u>Seite</u>
1. Demokraten kritisieren Bush neues Steuerreformpaket	1
2. Bill Frist neuer Mehrheitsführer im Senat	2
3. Congress verlängert Arbeitslosenhilfe	3
4. Weiterer Überbrückungshaushalt verabschiedet	4
5. Bilanz der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress: Kooperation und Blockade	4
6. Ausblick auf die 1. Sitzungsperiode des 108. Congress: Profilierung und Konkurrenz	7
7. Demokraten eröffnen Vorwahlkampf für Präsidentschaftswahlen 2004	9

1/2003

0. Der 108. Congress hat seine Arbeit am 7. Januar 2003 aufgenommen.

1. Demokraten kritisieren Bushs neues Steuerreformpaket

Präsident Bushs neues Steuersenkungsprogramm von Anfang Januar 2003, das die angeschlagene Konjunktur stärken und die Wachstumsaussichten langfristig verbessern soll, ist bei den Demokraten auf scharfe Kritik gestoßen.

Bushs Reformpaket sieht insbesondere vor,

- die Doppelbesteuerung von Unternehmensdividenden abzuschaffen,
- die bereits 2001 beschlossenen Einkommenssteuersenkungen und Familienvergünstigungen rückwirkend zum 1. Januar des laufenden Jahres vorzuziehen,
- die Abschreibungsbedingungen für kleine Unternehmen zu verbessern sowie
- zusätzliche Bundeshilfen an die Einzelstaaten zur Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu bewilligen.

Mit den Steuererleichterungen in Höhe von 670 Mrd. USD während eines Zeitraums von 10 Jahren will die Administration nicht nur an ihre bisherige Fiskalpolitik anknüpfen, die auf die konservative Parteibasis und Wählerschaft ausgerichtet ist, sondern auch ihr Engagement bei der Bekämpfung der aktuellen wirtschaftlichen Stagnationstendenzen unterstreichen. Die Wiederbelebung der Konjunktur gilt als Schlüsselement für Bushs Wiederwahlchancen in den Präsidentschaftswahlen 2004.

Die Demokraten werfen Bush zum einen vor, die oberen Einkommensgruppen überproportional begünstigen zu wollen. Nach Schätzungen kämen knapp 28 Prozent der Steuersenkungen den 1 Prozent der Steuerzahler an der Spitze der Einkommenspyramide zu Gute. Des weiteren bezweifeln die Demokraten die konjunkturpolitische Effizienz der auf Investitionsanreize setzenden Komponenten von Bushs Steuerreformpaket. Schließlich weisen sie darauf hin, dass die geplanten Steuersenkungen die seit 2001 ohnehin zunehmend schwierige Haushaltslage des Bundes drastisch verschlechtern würden.

Der von den Demokraten vorgelegte Alternativvorschlag setzt demgegenüber auf einmalige Steuererleichterungen von 300 USD für alle Steuerzahler, verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Kleinunternehmen sowie Bundessubventionen für die unter akuten Finanzproblemen leidenden Einzelstaaten. Mit einem Umfang von nur knapp 100 Mrd. USD halten die Demokraten ihr alternatives Steuerreformpaket zudem mittel- und langfristig für haushaltspolitisch unbedenklich.

Insgesamt dürfte mit Blick auf den Präsidentenwahlkampf 2004 (vgl. Punkt 7) eine hitzige politische Debatte zwischen Präsident Bush und den Demokraten zu erwarten sein. So hat die Demokratin Dianne Feinstein (Cal.) im Senat die Steuerreformpläne Bushs kategorisch als „nonstarter“ bezeichnet und hinzu gefügt, dass sie gegenwärtig keinen Demokraten kennt, der im Senat für die Pläne des Präsidenten stimmen würde.

2. Bill Frist neuer Mehrheitsführer im Senat

Die republikanische Mehrheitsfraktion des 108. Congress hat am 23. Dezember 2003 in einer Telefonkonferenz Bill Frist (R-Tenn.) zum neuen Senate Majority Leader bestimmt, nachdem der eigentlich für dieses Amt vorgesehene Trent Lott (R-Miss.) auf Grund missverständlicher Äußerungen zur Politik der Rassengleichstellung der fünfziger Jahre eine heftige Kontroverse ausgelöst hatte und auch in den eigenen Reihen zunehmend mit Rücktrittsforderungen konfrontiert wurde (vgl. CR 12/2002, S. 1). Mit Blick auf die Präsidentenwahlen 2004 (und die gesetzgeberische Durchsetzungsfähigkeit der Republikaner im Senat) hatte die Administration Bush politischen Schaden befürchtet und die Wahl Frists lanciert, so dass sich Lott schließlich zum Aufgeben veranlasst sah.

Im Gegensatz zum Konservativen Lott gilt Frist als gemäßigt konservativer Republikaner, der der Politik der *GOP* im Senat weichere Konturen geben und so die Anschlussfähigkeit von Partei und Fraktion an eine breite Wählerkoalition mit Blick auf die Präsidentenwahlen 2004 befördern soll.

Der 50-jährige Frist, ein Herzchirurg, der dem Senat seit 1995 angehört, hat sich nicht nur als Gesundheitsfachmann, sondern auch als durchsetzungsfähiger Vorsitzender des *National Republican Senatorial Committee* (NRSC) und enger politischer Verbündeter Präsident Bushs einen Namen gemacht. Dabei hat es der neue *Senate Majority Leader* in seiner achtjährigen Senatsarbeit verstanden, Parteiloyalität und zwischenparteiliche Zusammenarbeit zu verbinden. So hat sich Frist den Ruf eines Pragmatikers erworben, obwohl er zwischen 1995 und 2002 im Durchschnitt in 90 Prozent aller Abstimmungen mit der Mehrheit seiner Fraktion gestimmt hat.

Frist, dem Präsidentenambitionen für 2008 nachgesagt werden, verfügt freilich gemessen an seinen politischen Gegenspielern wie Tom Daschle (D-S.D.) oder Robert C. Byrd (D-W.Va.) über vergleichsweise wenig institutionelle Erfahrung im Senat, jener zweiten Kammer des US-Parlaments, die traditionell der Wahrung der Individualität ihrer Mitglieder und dem Schutz der Minderheit verpflichtet ist. Seine politische Effektivität dürfte dabei nicht unwesentlich von der Unterstützung seines Fraktionsgeschäftsführers Mitch McConnell (R- Ky.) abhängen, der als erfahrener und mit allen Feinheiten der Geschäftsordnung des Senats vertrauter Taktiker gilt.

Frist hat angekündigt, dass er sich um pragmatische, parteiübergreifende Lösungen bemühen will. Inwieweit dieser Anspruch mit dem näherrückenden Präsidentschaftswahlkampf kollidiert, indem sich beide Seiten naturgemäß um klare programmatische Abgrenzungen bemühen müssen, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall ist die Mehrheit der Republikaner von 51 Sitzen zu knapp, als dass eine konfrontative, die Minderheit politisch ausgrenzende Strategie mit Blick auf den Gesetzgebungsprozess großen Erfolg haben dürfte. Frist steht dabei vor der anspruchsvollen Aufgabe, seine mehrheitlich konservative Fraktion hinter sich zu scharen als auch die Demokraten nicht zu entfremden, wenn er die politische Agenda des Präsidenten wie die geplanten Steuerentlastungen (vgl. Punkt 1) befördern will.

3. Congress verlängert Arbeitslosenhilfe

Der Congress hat Anfang Januar 2003 mit überwältigender Mehrheit eine Verlängerung der maximalen Bezugsdauer von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beschlossen und dafür 7,25 Mrd. USD zur Verfügung gestellt. Der Senat nahm die Gesetzesvorlage am 6. Januar 2003 einstimmig an. Einen Tag später stimmte das Repräsentantenhaus mit 416:4 Stimmen ebenfalls für die Verlängerung. Präsident Bush unterzeichnete das Gesetz nur wenige Stunden nach der Verabschiedung durch das Repräsentantenhaus.

Damit wird der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe

- über jene 26 Wochen hinaus, auf welche die gemeinsam vom Bund und den Einzelstaaten getragene Arbeitslosenversicherung in der Regel begrenzt ist, um zusätzlich 13 Wochen fort geschrieben. Die Bundesmittel hierfür waren am 28. Dezember 2002 erschöpft gewesen.

Die schnelle Entscheidung, die ca. 800.000 Arbeitslosen zu Gute kommt, war durch ein Umschwenken der Administration in der seit mehreren Monaten zwischen den Parteien umstrittenen Frage ermöglicht worden. Umstritten war zwischen Republikanern und Demokraten vor allem der zeitliche Rahmen der Verlängerung und die Frage der Begrenzung auf Einzelstaaten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Während Republikaner eine zu großzügige Ausweitung der Leistungen beklagten, forderten Demokraten eine Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe über die beschlossenen 13 Wochen hinaus.

Angesichts der mit gegenwärtig knapp 6 Prozent höchsten Arbeitslosenquote seit 8 Jahren in den Vereinigten Staaten bleiben Bundeshilfen für Arbeitslose weiterhin ein wichtiges politisches Thema für den Congress. So sehen die laufenden Vorschläge beider Parteien für eine Steuerreform (vgl. Punkt 1) unter anderem auch zusätzliche Hilfen für Arbeitslose vor.

4. Weiterer Überbrückungshaushalt verabschiedet

Wenige Tage bevor der Präsident dem Congress seinen Budgetentwurf für das Haushaltsjahr 2004 vorlegen wird, ist es der Legislative immer noch nicht gelungen, den Bewilligungsprozess für *Fiscal Year* 2003, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2002 begonnen hat, abzuschließen (vgl. CR 11/2002, S. 8). Mit einem weiteren Überbrückungshaushalt hat der Congress das Budget nun auf der Höhe des Haushaltsjahres 2002 ein weiteres Mal vorübergehend bis zum 31. Januar 2003 fortgeschrieben.

Bis dahin hoffen die Republikaner, die im 108. Congress die Mehrheit in beiden Häusern stellen, ein Gesamtpaket (*Omnibus Budget*) für jene 11 Bewilligungshaushalte erarbeitet zu haben, für die noch keine Mittelzuweisung erfolgt ist. Bisher hat der Congress nur die Bewilligungshaushalte für *Defense* (*Public Law* 107-248) und *Military Construction* (*Public Law* 107-249) verabschiedet.

Inwieweit die Republikaner bis dahin allerdings tatsächlich die Haushaltsbewilligung 2003 abschließen können, bleibt fraglich. Zwar haben sich die Vorsitzenden der Bewilligungsausschüsse, Bill Young (R-Fla.) im Repräsentantenhaus und Ted Stevens (R-Alaska) im Senat, offensichtlich darauf geeinigt, dass sie die Bundesausgaben im Bereich des *discretionary spending* für 2003 auf maximal 750,5 Mrd. USD begrenzen wollen. Was das für die noch zu bewilligenden 11 Einzelhaushalte im Detail bedeutet, ist aber dem Vernehmen nach noch nicht vollkommen geklärt.

5. Bilanz der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress: Kooperation und Blockade

Die 2. Sitzungsperiode des 107. Congress stand in weiten Strecken im Zeichen der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die die politischen Aushandlungsprozesse zwischen Congress und Präsident prägte und dem Thema ‚Nationale Sicherheit‘ Priorität zuwies. Der *War Congress* stellte sich im Kampf gegen den internationalen Terrorismus hinter den Präsidenten, den die Demokraten vor den Ereignissen des 11. September 2001 in der Außen- und Sicherheitspolitik noch heftig kritisiert hatten (vgl. CR 8/2001, S. 1). Im Angesicht der neuen Bedrohung verstummte diese Kritik, wohl auch, weil die Demokraten mit Blick auf die Zwischenwahlen (vgl. CR 11/2002, S. 1) nicht als unpatriotisch erscheinen wollten und durften.

So konnte Präsident Bush die außen- und sicherheitspolitische Agenda gegenüber dem Congress fast nach Belieben dominieren. Das unterstreichen auch die Berechnungen des *Congressional Quarterly*, nach denen sich Bush in seinem zweiten Amtsjahr in 67 Prozent jener außen- und sicherheitspolitischen Vorlagen, zu denen er eine Position bezogen hatte, gegenüber dem Congress durchsetzen konnte. Zum Vergleich: Präsident Clinton war 1999 in diesem Bereich nur in 46 Prozent seiner Vorlagen gegenüber dem Congress erfolgreich gewesen. Rechnet man die innenpolitischen Vorlagen noch hinzu, dann konnte sich Bush im Jahr 2002 sogar mit 88 Prozent seiner Initiativen ge-

genüber dem Congress durchsetzen, dem statistisch größten Wert seit den Präsidentschaftsjahren Johnsons.

Bushs „distinctly American internationalism“, wie er ihn in *der National Security Strategy* (NSS) 2002 niederlegte und an die uneingeschränkte militärische Überlegenheit der USA koppelte, traf im Congress nicht nur bei konservativen Republikanern auf große Zustimmung. Beide Kammern, obwohl parteipolitisch unterschiedlich kontrolliert, unterstützten die umfangreichen Mittelerhöhungen für das Pentagon, die gegenüber dem Vorjahr um 37,5 Mrd. USD aufgestockt wurden (vgl. CR 10/2002, S. 4). Einzig gegen den von Bush zusätzlich verlangten Reservefonds in Höhe von 10 Mrd. USD, der ohne konkrete Bindung bewilligt werden sollte, sperrte sich eine zwischenparteiliche Koalition von Demokraten und Republikanern gleichermaßen.

Auch das von Präsident Bush verlangte „proaktive“ Vorgehen gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ (rogue states) und die mit ihnen aus Sicht der Administration verbündeten global operierenden Terrornetze wurde vom Congress im Großen und Ganzen gutgeheißen. Exemplarisch wurde das an der Ermächtigungsresolution zum Einsatz militärischer Mittel gegen den Irak deutlich (vgl. CR 11/2002, S. 1), wo Präsident Bush mit Verweis auf die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen einen gewaltsamen „Regimewechsel“ anstrebt. Hatte der Präsident ursprünglich gezögert, den Congress mit Blick auf die Kriegsvollmachten (*War Powers*) verfassungspolitisch in seine Pläne einzubeziehen, so konnte er am Ende sicher sein, das der Congress ihm wenig Beschränkungen auferlegen würde. Zu groß erschien vor allem für die Demokraten innenpolitisch mit Blick auf die Zwischenwahlen die Gefahr, dem populären Präsidenten die Gefolgschaft zu verweigern. Zwar sperrte sich die Legislative gegen einen Blankoscheck für jedwede Militäreinsätze in der Region. Einem Krieg gegen den Irak stimmte sie mit Verweis auf die nationale Sicherheit aber zu. Gleichwohl war die Unterstützung der Demokraten für einen Militäreinsatz in beiden Kammern weit weniger ausgeprägt als die der Republikaner. Dennoch räumt die Ermächtigungsresolution dem Präsidenten großzügige Vollmachten ein, die Spuren der imperialen Präsidentschaft erkennen lassen.

Das gilt auch für die Schaffung des Ministeriums für Innere Sicherheit (*Homeland Security*), in dem 170.000 Mitarbeiter aus 22 Behörden und Regierungsstellen zusammengefasst werden (vgl. CR 10/2002, S. 6; CR 11/2002, S. 2). Ursprünglich von den Demokraten vor allem wegen problematischer Dienstrechtsregelungen für die zukünftigen Mitarbeiter blockiert, konnte sich der Präsident auch hier beim Kräftemessen mit dem Congress schlussendlich durchsetzen. Zweifelsohne hatten die Demokraten darauf gehofft, dass die Wähler in den *Midterm Elections* mit ihrem Votum die Position der Kritiker stärken würden – und sich dabei kräftig geirrt. Die amerikanische Öffentlichkeit hat Fragen der inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung seit den Anschlägen des 11. September größte Aufmerksamkeit eingeräumt und Präsident Bush ist es gelungen, dieses Potential gerade mit Blick auf eine klarere Politik im „War on Terrorism“ zu nutzen.

Das hat sich auch auf das Tauziehen um die Erneuerung der „Fast-track authority“ ausgewirkt, also jener prozeduralen Selbstbindung des Congress, die im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT 1994 ausgelaufen und seitdem immer wieder am Widerstand vor allem der Demokraten im Congress gescheitert war. Geschickt verstand es Präsident Bush auch hier mit einem Bündel von Kompromissangeboten im Rahmen der *Trade Adjustment Assistance* vor allem im Repräsentantenhaus die Widerstände innerhalb der demokratischen Fraktion zu dämpfen.

Insgesamt haben die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen seit dem 11. September sicherlich ursächlich dazu beigetragen, dass der Präsident und mit ihm die Republikaner im öffentlichen Erscheinungsbild eine größere Kompetenz in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik für sich beanspruchen und politisch auch nutzen konnten. Der Congress war auch unter den Bedingungen des *divided government* bereit mit einem Präsidenten zu kooperieren, der es geschickt verstand, die außen- und sicherheitspolitische Agenda zu besetzen und zu dominieren.

In der Wirtschafts-, Sozial und Innenpolitik wurden die Auseinandersetzungen in der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress mit wenigen Ausnahmen durch die Vertagung oder wechselseitige Blockade der Reformvorstöße beider Seiten bestimmt. Der vielversprechende Auftakt mit der Verabschiedung der (in Kooperation zwischen der Bush-Administration und den Demokraten im Congress ausgehandelten) Bildungsreform im Januar 2002 ratifizierte im wesentlichen nur einen noch vor den Anschlägen des 11. September 2001 ausgehandelten Kompromiss (vgl. CR 1/2002, S. 2).

Im weiteren Verlauf der zweiten Sitzungsperiode verringerte sich die Verhandlungsbereitschaft beider Parteien unter den Vorzeichen der näherrückenden Congress-Wahlen zusehends. In der Steuer- und Wirtschaftspolitik blockierten die Demokraten sowohl das von der Administration Ende 2001 vorgelegte Konjunkturprogramm (vgl. CR 2/2002, S. 7) wie die verschiedenen Vorstöße der Republikaner, die im Sommer 2001 beschlossenen (jedoch auf 10 Jahre befristeten) Steuersenkungen dauerhaft festzuschreiben (vgl. CR 9/2002, S. 5).

Das im März verabschiedete Minimal-Programm zur Stärkung der angeschlagenen Konjunktur beschränkte sich auf eine Reihe von Steuervergünstigungen für Unternehmen, die zwischen den Parteien nicht umstritten waren, sowie eine Verlängerung der Bezugsdauer für Arbeitslosenunterstützung (vgl. CR 3/2002, S. 1).

Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt die noch im Juli 2002 beschlossene Verschärfung der Unternehmensaufsicht dar (vgl. CR 8/2002, S. 3). Die unter dem Eindruck spektakulärer Finanzskandale und Firmenkonkurse initiierte Novellierung des Unternehmensrechts wurde durch die Kooperation von Demokraten und gemäßigt-konservativen Republikanern ermöglicht, die eine zunächst ablehnende Administration zum Einlenken veranlassten (vgl. CR 8/2002, S. 3).

Keine nennenswerten Fortschritte wurden demgegenüber in der Sozial- und Gesundheitspolitik erreicht. Der Congress griff die Ende 2001 vorgelegten Rentenreformvor-

schläge einer von Präsident Bush eingesetzten Kommission nicht auf und auch von der Administration selbst wurden sie nicht weiter verfolgt (vgl. CR 12/2001, S. 8).

Der Ausbau von *Medicare* durch eine Medikamentenzusatzversicherung (*Medigap Insurance*) wurde vertagt, obwohl die mittelfristige Haushaltsplanung hierfür bereits umfangreiche Mittel vorsieht. Vorschläge der Administration zum Abbau staatlicher Steuersubventionen fielen ebenso den wachsenden zwischenparteilichen Spannungen zum Opfer wie Bushs Initiative zur Förderung der kirchlich-religiösen Sozialarbeit.

Die Überarbeitung der Sozialhilfereform von 1996 (vgl. CR 5/2002, S. 6) wurde ungeachtet der Bemühungen der Administration, neue Akzente in der Förderung von Zwei-Eltern-Familien und der Verschärfung der Arbeitsverpflichtung für Leistungsbezieher zu setzen, durch eine Fortschreibung des Leistungsgesetzes aufgeschoben. Den Demokraten gelang es nicht, eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns durchzusetzen.

Wichtige Ausnahmen von der generellen Tendenz zum Reformstau sind vor allem die von einer zwischenparteilichen Koalition aus Demokraten und Republikanern gegen den inhaltenden Widerstand der Administration und der Mehrheit der konservativen Republikaner durchgesetzte Reform der Wahlkampffinanzierung (vgl. CR 4/2002, S. 1) sowie die in Reaktion auf das Wahlfiasko 2000 beschlossene Modernisierung des Wahlverfahrens, die durch eine Kombination von Bundesauflagen und Finanzausschüssen an die Einzelstaaten forciert werden soll (vgl. CR 10/2002, S. 4). Der entscheidende Test für den Bestand der Reform der Wahlkampffinanzierung vor dem *Supreme Court* steht allerdings noch aus.

6. Ausblick auf die 1. Sitzungsperiode des 108. Congress: Profilierung und Konkurrenz

Die Republikaner sind aus den Congress-Wahlen 2002 zwar als Sieger hervorgegangen (vgl. CR 11/2002, S. 1), so dass die *GOP* unter den Bedingungen eines *unified government* bis zu den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 ihre programmatischen Zielsetzungen stärker akzentuieren kann. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass sie sich mit Blick auf ihre legislative Agenda auch leichter durchsetzen kann. Zu knapp ist dafür die Mehrheit von 51 Sitzen der Republikaner im Senat. Vielmehr dürften Republikaner und Demokraten mit Blick auf 2004 auf eine Schärfung ihres Profils abzielen und dabei einem Kräfterennen im Congress nicht aus dem Weg gehen.

Das gilt freilich stärker für die Innenpolitik als für die Außen- und Sicherheitspolitik, wo beide Seiten im Angesicht der weltweiten Bedrohung durch den internationalen Terrorismus auch weiterhin um überparteiliche Zusammenarbeit bemüht sein dürften. Dabei kommt dem Ausgang der von Bush vorbereiteten militärischen Intervention im Irak zentrale Bedeutung zu. Gelingt es dem Präsidenten, den angekündigten „Regimewechsel“ im Irak in einem kurzen, für die Vereinigten Staaten mit wenigen Opfern verbundenen Krieg zu vollziehen, der sich zudem nicht negativ auf die konjunkturelle

Entwicklung auswirkt, dürften die Demokraten es mit ihren Profilierungschancen im 108. Congress generell schwer haben.

Jenseits der Irak-Politik dürfte der Umgang mit dem von der Bush-Administration ebenfalls als „Schurkenstaat“ eingestuften Nordkorea, das ein Nuklearwaffenprogramm unterhält, noch stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Hier sind sowohl konservative Republikaner, die Bushs mangelnde Bereitschaft zur stärkeren Eindämmung des kommunistisch-diktatorischen Regimes bemängeln, als auch die Demokraten im Congress, die verstärkte diplomatische Initiativen zur Einhegung der Krise verlangen, zunehmend unzufrieden mit der Administration.

Ungeachtet der anhaltenden internationalen Bedrohungen und Konflikte bleibt das innenpolitische Arbeitspensum des 108. Congress und der Erwartungsdruck der Öffentlichkeit enorm. Zum einen hat der 107. Congress die Aufarbeitung einer Reihe akuter wirtschaftlicher und sozialer Probleme vertagt (vgl. Punkt 4), zum anderen drängen unter den Vorzeichen der veränderten Mehrheiten (vgl. CR 11/2002, S. 1) die konservativen Kräfte in der Republikanischen Partei genauso wie die Demokraten auf eine Schärfung ihres innenpolitischen Profils.

Im Vordergrund stehen zunächst die Wirtschafts- und Haushaltspolitik, die durch die schwierige konjunkturelle Lage und die Belastungen in Folge der drastisch erhöhten Militär- und Sicherheitsausgaben die Parteien vor Aufgaben stellen, deren Lösung ein erhebliches Maß an Kompromissbereitschaft erfordert.

Präsident Bush ist es mit seiner neuen Steuersenkungsinitiative im Januar 2003 zwar gelungen (vgl. Punkt 1), Inhalt und Rahmen der wirtschaftspolitischen Debatte entscheidend zu beeinflussen. Die anstehenden Auseinandersetzungen um Haushaltskürzungen und wachsende Defizite lassen jedoch kein schnelles Einlenken von Seiten der Demokraten erwarten, die für ihre Gegenvorschläge zum Teil auf Unterstützung vom linken Flügel der Republikanischen Partei hoffen können.

Schwieriger noch dürfte eine Auflösung des Reformstaus in der Sozial- und Gesundheitspolitik sein. Ein noch vergleichsweise geringes Problem ist dabei die 2002 verschobene Novellierung des Sozialhilfegesetzes, die angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der eskalierenden Haushaltsdefizite der Einzelstaaten nicht einfacher geworden ist.

Im Zentrum der sozialpolitischen Auseinandersetzungen steht aber die seit mehreren Jahren von beiden Parteien in Aussicht gestellte Einführung einer Medikamenten-Zusatzversicherung (Medigap Insurance) für Senioren, die sich mit stark steigenden Medikamentenpreisen und Deckungslücken in ihren Krankenversicherungen konfrontiert sehen.

Die Bush-Administration und die republikanischen Mehrheiten im Congress wollen die Lösung dieser Frage mit einer Strukturreform von Medicare, der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, verbinden. Die Einfüh-

nung von Wettbewerbsstrukturen in das staatliche Versicherungssystem wird von den Demokraten jedoch in weiten Teilen abgelehnt, vor allem insoweit dies Mehrbelastungen für die Versicherten bedeutet.

Ähnlich schwierig wird die Kompromissuche bei kleiner dimensionierten Reformvorstößen wie der Ausweitung von Bundeszuschüssen für private Krankenversicherungen oder einer bundeseinheitlichen Regelung zur Sicherung der Rechte von Patienten und Ärzten gegenüber Versicherungen (*Patient Bill of Rights*). Obwohl die Bush-Administration an ihrem Vorhaben einer Strukturreform der Rentenversicherung festhält, gibt es in diesem Bereich kaum Chancen für nennenswerte Fortschritte .

Kontrovers werden auch die zu erwartenden Vorstöße konservativer Republikaner gesehen, die nach den Wahlsiegen der GOP in den Congresswahlen 2002 die Durchsetzung von klassischen Programmpunkten der Partei wie der Reform des Unternehmenshaftungs- und Schadensersatzrechtes (*tort law reform*) forcieren wollen. Die von Präsident Bush angeregte Beschränkung der Schadensersatzleistungen bei medizinischen Behandlungsfehlern (*medical malpractice*) hat bereits heftige Kritik der Demokraten hervorgerufen.

Die Demokraten haben demgegenüber verdeutlicht, dass sie zum einen die Finanzierungslücken in der bisher von zwischenparteilichem Konsens geprägten Bildungspolitik zu einem Thema machen wollen. Zum anderen wollen sie die Bürgerrechtspolitik im Kontext des Rücktritts von Trent Lott als republikanischer Senatsführer (vgl. Punkt 2) sowie eine vor dem Verfassungsgericht anhängige Klage gegen die Minderheitenförderung der *University of Michigan* bei der Auswahl ihrer Studierenden weiter akzentuieren.

Zwischenparteiliche Initiativen notfalls auch gegen die Administration und die republikanische Führung im Congress scheinen vor allem im Bereich der Umweltpolitik möglich. Das Drängen der Administration auf eine Öffnung von Naturschutzgebieten für die Ölförderung, die Vertagung von Alternativvorschlägen zur Klimaschutzpolitik wie die generelle Zurückschneidung umweltpolitischer Schutzmaßnahmen haben innerhalb des linken Flügels der Republikanischen wie der Demokratischen Partei das Potenzial für gemeinsame Initiativen merklich erhöht.

7. Demokraten eröffnen Vorwahlkampf für Präsidentschaftswahlen 2004

Im Dezember 2002 und Januar 2003 haben führende Politiker der Demokraten mit der Ankündigung ihrer Bewerbung um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat 2004 den Vorwahlkampf der Partei eröffnet.

Mit den Senatoren John Edwards (N.C.), John F. Kerry (Ma.) und Joseph I. Lieberman (Ct.) sowie dem früheren Fraktionsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus, Richard Gephardt (Mo.), dominieren prominente Mitglieder der demokratischen

Fraktionen im Congress bisher das Kandidatenfeld. Howard Dean (Vt.) ist gegenwärtig der einzige Gouverneur unter den Bewerbern.

Als Außenseiter tritt zudem der umstrittene schwarze Bürgerrechtler und Minderheitenvertreter Al Sharpton (N.Y.) an. Als weitere mögliche Kandidaten haben sich unter anderen Senator Robert Graham (Fl.) und der frühere Senator Gary Hart (Co.), der nach einer öffentlich gewordenen Affäre mit dem Fotomodell Donna Rice aus den Vorwahlen 1988 ausgeschieden war, ins Gespräch gebracht.

Das Startsignal für die Serie der in schneller Folge angekündigten Bewerbungen hat Mitte Dezember 2002 Al Gore mit seinem Verzicht auf eine erneute Kandidatur für die Präsidentschaft gegeben. Gore galt seit seiner unglücklichen Niederlage gegen George W. Bush in den Wahlen 2000, die er ungeachtet eines knappen nationalen Stimmenvorsprungs aufgrund der Verzerrung des Ergebnisses durch das indirekte Wahlverfahren verloren hatte, als Kronprinz der Partei. In breiten Teilen der Wählerschaft haftete Gore jedoch das Image eines „schlechten Verlierers“ an, und auch in den eigenen Reihen stieß er wegen seiner von verschiedenen Seiten kritisierten Wahlkampfstrategie auf erhebliche Vorbehalte. Angesichts dieser Widerstände und der durch die Terroranschläge vom September 2001 grundlegend veränderten Rahmenbedingungen für eine Neuauflage des Wahlkampfes gegen Bush sah Gore von einer zweiten Bewerbung um die Nominierung ab.

Die zu diesem Zeitpunkt überraschende Entscheidung öffnete zum einen das Feld für gewichtige Konkurrenten wie Senator Lieberman, die ihrer Kandidatur von einem Verzicht Gores abhängig gemacht hatten. Zum anderen nahm der Druck für alle potentiellen Mitbewerber Liebermans zu, die befürchten müssen durch Abwarten Startvorteile zu verschenken. Zusätzlichen Schub erhielt das demokratische Kandidatenkarussell durch eine zweite Verzichtserklärung von prominenter Seite: Senator Tom Daschle (S.D.) entschied sich Anfang Januar 2003 gegen eine Kandidatur, um sich voll auf die Führung der demokratischen Opposition im Senat konzentrieren zu können.

Nach dem Rückzug von Gore und Daschle kommt Joe Lieberman die Führungsrolle in dem breit ausgefächerten Kandidatenfeld zu. Lieberman profitiert zum einen von seiner Vizepräsidentschaftskandidatur 2000. Darüber hinaus hat er sich im Senat, zuletzt mit seiner Initiative zur Schaffung eines *Department of Homeland Security*, einen Namen als konstruktiver, aber harter Oppositionspolitiker gemacht.

Der frühere Vorsitzende des *Democratic Leadership Council* (DLC), einer Parteiorganisation, deren Ziel die Orientierung der Demokraten auf die politische Mitte ist, kann mit seinem Erfahrungshintergrund, einer konservativ eingefärbten Haltung in der Sicherheitspolitik und einem unternehmensfreundlichen - aber die Grundziele der Partei bewahrenden - Profil in der Wirtschaftspolitik als glaubwürdiger Herausforderer Präsident Bushs gelten.

Liebermans Appeal für Wechselwähler der politischen Mitte ist allerdings mit Blick auf die aktive Basis der Demokraten und die parteiinternen Vorwahlen ein ernstes

Handicap. Richard Gephardt, der langjährige Abgeordnete und Fraktionsführer der Demokraten, verfügt über stärkeren Rückhalt an der Parteibasis und insbesondere bei den Gewerkschaften. Wenngleich es Gephardt nicht gelungen ist, sich politisch in vergleichbarer Weise wie Lieberman zu profilieren, und die Niederlage in den Zwischenwahlen 2002 auch ihm angelastet wird, kann er vor allem in den frühen Vorwahlen auf organisatorische Vorteile setzen.

Für Edwards, Kerry und Dean dürfte es schwierig werden, sich gegen die beiden Schwergewichte in der Demokratischen Partei durchzusetzen. Als Kandidaten aus der zweiten Reihe haben sie dennoch Chancen, als neue Gesichter mit Programmvorschlägen, die den Vorstellungen der demokratischen Vorwähler entgegenkommen, um Stimmen zu werben, ohne sich dabei einer ähnlich intensiven Prüfung durch die Medien wie Lieberman und Gephardt unterziehen zu müssen.

Howard Dean, der vor seiner politischen Karriere als Arzt arbeitete, hat bereits mit Forderungen nach einer umfassenden Gesundheitsreform einige Aufmerksamkeit erregt. Der relativ junge Edwards, der zuvor als Anwalt Karriere gemacht hat, streicht seine nur kurze Amtserfahrung in Washington und seine Bindungen an die "einfachen Leute" heraus.

Als zentrale Themen der demokratischen Bewerber deuten sich neben der Außen- und Sicherheitspolitik vor allem die Wirtschaftspolitik an. Dies reflektiert die Erfahrungen der *Midterm*-Wahlen 2002, in denen die Demokraten ihre Kritik an Bushs Außenpolitik zurück gestellt und keine umfassende Alternative zur Wirtschaftspolitik der Administration entwickelt hatten.

Zusätzlich zu diesen beiden Kernthemen sind Profilierungsversuche in der Sozial- und Gesundheitspolitik sowie in der Bildungs- und Bürgerrechtspolitik zu erwarten, die traditionell im Zentrum der demokratischen Parteiprogrammatik stehen.

Für die Bush-Administration und die republikanischen Mehrheiten in Senat und Repräsentantenhaus könnte der frühe Vorwahlkampfstart und die Beteiligung mehrerer prominenter Demokraten im Congress eine rasch zunehmende Verschärfung der Auseinandersetzungen um Kompromisse in den anstehenden Gesetzgebungsdebatten bedeuten.